

Dissens über Seniorenbeirat

SPD will Direktwahl

In der Frage, ob der Seniorenbeirat der Stadt künftig direkt gewählt und nicht mehr über Wahlen in den 16 Ortsbeiräten zusammengesetzt werden soll, gibt es unterschiedliche Meinungen. Während SPD und Linke gestern im Sozial- und Gesundheitsausschuss der Stadtverordnetenversammlung eine Direktwahl forderten, lehnte Sozialdezernentin Daniela Birkenfeld (CDU) dies ab. Stattdessen solle die Seniorenpolitik mehr als bisher die Stadtverordnetenversammlung beschäftigen, dort fielen die Entscheidungen. Der Beiratsvorsitzende Christof Warnke, der auch ehrenamtlicher CDU-Stadtrat ist, verwies darauf, dass sich das Gremium im Sommer 2008 gegen eine Direktwahl ausgesprochen habe. Das sei nicht zu finanzieren. Dem widersprach Britta Arold, die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft „60 Plus“ der SPD. Sie sagte, der Beirat bleibe „hinter seinen Möglichkeiten“, und forderte eine Änderung der Satzung und der Geschäftsweisung des Magistrats für den Beirat.

Peter Feldmann brachte für die SPD einen Antrag ein, in dem der Magistrat aufgefordert wird, die Geschäftsstelle des Seniorenbeirats besser auszustatten. Birkenfeld widersprach dem Eindruck, der Beirat sei untätig, und verwies auf 26 Anträge, die dieser von Ende 2006 bis Ende 2009 gestellt habe.

Feldmann kritisierte Warnke, da er zu der Sitzung im Sommer 2008 sehr kurzfristig eingeladen habe. Damals standen Reformvorschläge mehrerer Fraktionen zur Abstimmung. Es sei zu wenig Zeit gewesen, sich genügend damit zu befassen, monierte Edith Schön-Awendt, die stellvertretende Beiratsvorsitzende. Warnke hob hervor, dass zu der Sitzung ordnungsgemäß eingeladen worden sei. Gestern sprach sich auch das Beiratsmitglied Pieter Zandee für Reformen aus, was laut Warnke eine „Einzelmeinung“ ist. *toe.*

Kirche eröffnet neue Osteuropa-Hilfsaktion

Zum Auftakt der diesjährigen Solidaritätsaktion der katholischen Kirche in Deutschland mit mittel- und osteuropäischen Ländern hat der Limburger Bischof Franz-Peter Tebartz-van Elst die Bedeutung des Einsatzes von Christen für mehr Gerechtigkeit hervorgehoben. „Wir können dazu beitragen, ein christlich geprägtes und sozial gerechtes Europa verantwortungsvoll zu gestalten“, sagte er gestern zu Beginn der 18. „Renovabis“-Aktion. Deren zentrale Eröffnung findet in diesem Jahr in Frankfurt statt – mit einem Gottesdienst am Sonntag um 10 Uhr im Dom. An ihm nehmen auch mehrere kirchliche Würdenträger osteuropäischer Länder teil. Das Programm kann im Internet unter www.bistumlimburg.de eingesehen werden.

Vergangenes Jahr hat „Renovabis“ mit mehr als 27 Millionen Euro 846 Projekte in 28 Ländern gefördert. Mehr als sieben Millionen Euro stammten aus Kollekten. Gesammelt wird für diesen Zweck in den Pfingstgottesdiensten. Das Hilfswerk wurde im Jahr 1993 gegründet. Es will in eint kommunistischen Ländern helfen, „geistliche und materielle Not“ zu beheben, wie Geschäftsführer Gerhard Albert sagte.

Erzbischof Jan Graubner von Olmouc (Olmütz) in der Tschechischen Republik bedankte sich gestern für die Hilfe, die zum Beispiel für den Aufbau kirchlicher Schulen verwendet worden sei. Terezia Tünde Löchli, Caritas-Generaldirektorin im rumänischen Satu Mare, bezeichnete die Armutsbekämpfung und -vorbeugung als wichtigste Aufgaben. Dabei helfe beispielsweise auch ein Ausbildungsprojekt der Caritas für Roma-Kinder. *toe.*



Der Gründungsdirektor geht: Alexander Mitscherlich (Mitte) wird 1976 von Kulturdezernent Hilmar Hoffmann (rechts) und dem früheren Kultusminister Ludwig von Friedeburg (links) verabschiedet. Foto Oswald Rauhoff

Frankfurter Schule der Psychoanalyse

Das Sigmund-Freud-Institut feiert am Samstag sein fünfzigjähriges Bestehen mit prominenten Rednern.

Von Eva-Maria Magel

„Bedeutende Fachwissenschaftler aus dem Ausland“, wie diese Zeitung damals berichtete, sind am 27. April 1960 dabei gewesen, als an der Friedrich-Ebert-Anlage das erste deutsche staatliche „Institut und Ausbildungszentrum für Psychoanalyse und psychosomatische Medizin“ eröffnet wurde. Aus Anlass seines fünfzigjährigen Bestehens hat das Sigmund-Freud-Institut, wie es seit 1964 nach dem Umzug an die Myliusstraße heißt, diese Tradition aufgegriffen und feiert morgen von 17 bis 22 Uhr mit einem Festakt sein Jubiläum.

Den öffentlichen Festvortrag wird um 20.30 Uhr im Hörsaal 4 des Hörsaalzentrums auf dem Campus Westend Daniel Stern halten, der in Genf und Boston lehrt. Sein Thema ist eng verbunden mit den heute am Frankfurter Institut angesiedelten Forschungen – Stern spricht über „A developmental perspective on intersubjectivity from birth on“. Der New Yorker Psychoanalytiker Harold Blum, einst Leiter der „Archives for Psychoanalysis“, wird zuvor an die Geschichte des Instituts erinnern.

Dessen Gründung ist maßgeblich seinem ersten Direktor Alexander Mitscherlich (1908 bis 1982) zu verdanken – und Max Horkheimer, damals Leiter des Instituts für Sozialforschung, an dem in den zwanziger Jahren bis zur Auflösung das erste Frankfurter Psychoanalytische Institut angesiedelt war. Mit Hilfe von Ministerpräsident Georg August Zinn gelang es



Doppelspitze: Rolf Haubl, Marianne Leuzinger-Bohleber Fotos Bergmann, Fricke

1960, die als vermeintliche „jüdische Wissenschaft“ vertriebene Psychoanalyse wieder in Deutschland zu verankern. Mitscherlich hatte mit Büchern wie „Die Unfähigkeit zu trauern“ die Debatten der sechziger und siebziger Jahre geprägt. 1976 wurde der Gründungsdirektor verabschiedet, ihm folgten im Amt Clemens de Boor, Dieter Ohlmeier und Horst-Eber-

hard Richter. Seit 2002 stehen Marianne Leuzinger-Bohleber und Rolf Haubl dem Institut vor; beim Festakt werden sie die derzeitigen Forschungen am Institut erläutern.

Insofern hatte jener Redner vielleicht recht, der anlässlich der Eröffnung auf eine „Frankfurter Schule der Psychoanalyse“ hoffte; nachzuhören ist dies nun in den digitalisierten Tondokumenten aus Mitscherlichs Nachlass im Archivzentrum der Universitätsbibliothek. Seit 1995 ist das Freud-Institut eine Stiftung. Mit Ausrichtungen wie dem Institut für analytische Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapie folgte es nicht nur der Tradition, sondern suchte auch den Dialog mit anderen Wissenschaften und der Praxis.

Das konnte ihm nach der Krise im Jahr 2003 nur helfen: Damals wurde der Etat massiv gekürzt. Heute hat das Institut eine neue Struktur. Seine Forschungen, eng verbunden mit aktuellen gesellschaftlichen Fragen, werden zu einem großen Teil über Drittmittel aus nationalen und internationalen Quellen finanziert. Veränderungen in der Arbeitswelt, Frühprävention bei Kindern, Depression und Trauma werden derzeit von 35 Mitarbeitern untersucht. Ausbildung und Beratung sollen unter einem Dach versammelt werden: Im Jubiläumsjahr ist das Sigmund-Freud-Institut, wieder einmal, im Umbau.

Informationen zum Programm des Festakts und zum Institut unter www.sfi-frankfurt.de

„Kinder werden zu früh aussortiert“

Carlo-Mierendorff-Schule in Preungesheim will „Inklusive Ganztagschule“ werden

„Zugehörigkeit statt Duldung“ lautet die Forderung von Dieter Katzenbach vom Institut für Sonderpädagogik an der Goethe-Universität. Vorgetragen hat der Erziehungswissenschaftler seine Thesen jüngst bei einer Informationsveranstaltung zum Thema „Inklusion“ an der Carlo-Mierendorff-Schule. Bei vielen seiner Zuhörer dürfte er damit auf offene Ohren gestoßen sein, denn die Schulgemeinde denkt seit einiger Zeit darüber nach, die Integrierte Gesamtschule zur „Inklusiven Ganztagschule“ weiterzuentwickeln. Sollte sich die Schule dafür entscheiden, muss sie bis zum 30. Juni einen Antrag an das Staatliche Schulamt stellen.

Die Idee hinter der „Inklusion“ und dem „gemeinsamen Unterricht“ ist, dass Schüler nicht mehr getrennt nach Kriterien wie Leistung oder Behinderung unterrichtet werden, sondern unabhängig von ihren Fähigkeiten und Beeinträchtigun-

gen zusammen eine Regelschule besuchen. An dieser können sie dann die zu ihnen passenden Abschlüsse erwerben. Es soll nicht mehr zwischen Förderschülern, also Kindern mit Lern- oder Sprachbehinderung, und Schülern ohne Handicap unterschieden werden.

Wie Schulleitungsmitglied Silke Henningsen sagt, ist dies an der in Preungesheim gelegenen Carlo-Mierendorff-Schule schon teilweise der Fall. So gebe es Klassen mit gemeinsamem Unterricht, und es werde über den Erwerb des Schulabschlusses möglichst spät entschieden. Im Falle einer Genehmigung des Antrags werde geprüft, inwieweit die Schule bereits dem Konzept der Inklusion entspreche, danach werde über nötige Veränderungen entschieden.

Dieter Katzenbach kritisierte auch das dreigliedrige Schulsystem, Kinder würden in Deutschland viel zu früh getrennt.

Er sprach sich für eine Abschaffung der Dreigliedrigkeit sowie der Förderschulen aus, wies allerdings darauf hin, dass dies zu weiteren Veränderungen führen würde, wie etwa einer Umverteilung der Gelder.

Die Forderung nach Inklusion stützt sich auf den Paragraphen 24 der UN-Behindertenrechtskonvention, die Deutschland im vergangenen Jahr ratifiziert hat. Sie fordert dazu auf, behinderten Kindern unbegrenzten Zugang zu Bildung zu ermöglichen. Zu den Verfechtern der Inklusion gehören die Landtags-Grünen: Deren bildungspolitischer Sprecher Matthias Wagner kritisierte in dieser Woche die Landesregierung, die auch ein Jahr nach Unterzeichnung noch nicht auf die UN-Konvention reagiert habe. Das Kultusministerium habe 157 Anträge von Eltern behinderter Kinder auf gemeinsamem Unterricht abgelehnt. *bas.*

Fleißige Lieschen am Mainufer

Grünen werben am „Tag der Erde“ für grüne Stadträume

Global denken, lokal handeln – an diese alte Umweltschützer-Devisen haben sich gestern die Grünen im Ortsbeirat 6 gehalten. Am „Tag der Erde“ warben sie mit einer zweistündigen Aktion für die Rückeroberung von Freiflächen in der Stadt. Mit Steigen voller Pflanzen hatten dazu der Grünen-Vorsitzende im Ortsbeirat Thomas Schlimme und die Stadtverordnete Martina Feldmayer am Mainufer in Höchst Stellung bezogen.

„Wir holen uns das Grün zurück“, lautete Feldmayers Losung; die mitgebrachten Pflanzen wurden an Passanten verteilt. Der Slogan des dazugehörigen Flugblatts: „Jede Grünfläche zählt.“ Zwar sollen am „Tag der Erde“ in vielen Ländern Menschen dazu angeregt werden, ihr Konsumverhalten zu überdenken; die Grünen interpretierten den Sinn aber konkreter: Gerade in der Stadt, in der zunehmend Flächen versiegelt würden, sei es wichtig, mit der Ressource Boden sparsam umzugehen und Erholungsfläche zurückzugewinnen.

Das Mainufer sei ein gutes Beispiel – für die Schaffung von Erholungsräumen, aber auch für Konflikte, die bei der Nutzung kombinierter Straßen- und Grünflächen drohen. Das Ufer sei teuer begrünt worden; nur auf der Batterie genannten Uferstraße, die zwei Parkplätze verbindet, stören Autos die Idylle. Schlimmer noch: Sie zerstörten sie, indem sie Schwellen über die Wiesen umfuhren.

Seit einer Woche ist die Uferstraße nun gesperrt. Poller und Findlinge verhindern die Durchfahrt; die Parkplätze sind nur von Osten und Westen anzufahren, das Mittelstück aber ist autofrei. „Solche Erholungsräume müssen öfter geschaffen werden“, meint Feldmayer. Eine Grünfläche anzulegen sei aber meist die letzte Option, die bei der Verwendung von freien Grundstücken erwogen werde. Derzeit gelte dies wohl auch für den Brünningpark, jenen Grünzug entlang der Stadtmauer, der im Süden auf das Mainufer trifft, im Norden an der Brünningstraße aber von einem Bürohaus begrenzt wird. Den Verwaltungsbau der Süwag Energie AG, die einen Neubau errichtet, wollte die Stadt kaufen, abreißen und so den Park vergrößern.

Dann kam das Gebäude bei der Diskussion um die Nutzung des Bolongaropalasts als Ort für eine Kindertagesstätte oder ein Studentenwohnheim ins Spiel. Die Kaufverhandlungen liegen seither auf Eis; der Abriss ist verschoben, die Park-Erweiterung in die Ferne gerückt. Die Enttäuschung sei groß, so Feldmayer. Künftig müsse die Meinung der Bürger stärker berücksichtigt werden. Das Ziel, auch für den Brünningpark Flächen zu gewinnen, will sie nicht aufgeben, wie schon die Blumen zeigen sollten, die sie verteilt: fleißige Lieschen. *beg.*



Niederlassung: Grünen-Politiker beim Sit-in am Mainufer

Foto Cornelia Sisk

„Im Römer nur zu Besuch“

Werner D'Inka zu Gast bei der Frankfurter Gesellschaft

Die schwarz-grüne Koalition im Römer habe bisher gut gearbeitet, es gebe aber auch unübersehbare Schwachpunkte. In dieser Feststellung fasste F.A.Z.-Herausgeber Werner D'Inka vor der Frankfurter Gesellschaft für Handel, Industrie und Wissenschaft in der Villa Bonn seine „kritische Bestandsaufnahme“ zur Lage von Stadt und Region zusammen.

Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) bescheinigte D'Inka, sie repräsentiere die Stadt glänzend nach außen, lasse aber zu wenig Führung im Inneren erkennen. Im Magistrat seien nicht alle Dezernenten auf der Höhe des Geschehens. Mehrkosten beim Turnfest und bei Projekten in der Zuständigkeit von Schuldezernentin Jutta Ebeling (Die Grünen) hätten zum Teil erhebliche Management- und Kommunikationsdefizite offenbart. Bei den Dezernenten Edwin Schwarz und Daniela Birkenfeld (beide CDU) habe man gelegentlich den Eindruck, sie seien „im Römer nur zu Besuch“.

In der Stadtplanung bleibt Frankfurt nach D'Inkas Ansicht unter seinen Möglichkeiten. Die Stadt zeige sich häufig zu nachgiebig gegenüber Investorenwünschen. Er sei nicht für eine städtebauliche Planwirtschaft, aber für den Primat der Politik im Interesse der Urbanität,

sagte D'Inka. Hier müsse die Stadt gegenüber Investoren auch einmal „nein“ sagen. Leider habe sie das an der falschen Stelle getan, als der Investor und Stifter Carlo Giersch vor kurzem sein Museum vom Schaumainkai an die Neue Mainzer Straße verlegen wollte.

Für D'Inka ist die Stärkung der Region eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben in Rhein-Main. Frankfurt alleine sei zu klein, um im internationalen Wettbewerb dauerhaft bestehen zu können. In der Vergangenheit habe es allerdings eher ein Gegeneinander als ein Miteinander zwischen der Stadt und ihren Nachbarn gegeben. Der Reichtum der Region liege aber vor allem in ihrer polyzentrischen Struktur.

Als „persönliche salvatorische Klausel“ hatte D'Inka vorausgeschickt, dass sich in den dreißig Jahren, in denen er nun in Frankfurt und in der Region lebe, vieles zum Besseren verändert habe, „und das registriert man allmählich auch außerhalb Frankfurts“. Die Stadt für Branchen wie die Kreativwirtschaft weiter attraktiv zu machen, hält D'Inka daher für den richtigen Weg. Allerdings dürfe man auch die klassische Industrie nicht aus dem Auge verlieren, mit der die Stadt – siehe Radeberger-Umzug – manchmal „fremdele“. *marsh.*

Kurze Meldungen

In der Stadtteilbibliothek Rödelheim wird am Wochenende daran erinnert, dass vor 100 Jahren in der einst selbständigen Stadt Rödelheim erstmals eine Bücherei etabliert wurde. Sie ist seit 1977 an der Radilostraße untergebracht, 2009 wurde sie bei einem Brand stark beschädigt, ist inzwischen aber wieder geöffnet. Zum Jubiläum wird heute Eva Demski um 19.30 Uhr aus Valentin Sengers Buch „Kaiserhofstraße 12“ lesen, anschließend will Irmgard Senger über Leben und Werk ihres Mannes sprechen. *beg.*

Ein Amphibien- und Reptilientag findet morgen von 12 bis 17 Uhr im Stadtwaldhaus nahe der Isenburger Schneise statt. Mit einem vielfältigen Programm für Fa-

milien will der Stadtförster die Welt der Frösche, Molche, Eidechsen und Schlangen vorstellen. *mch.*

An junge Rheumatiker wendet sich morgen eine Veranstaltung der Rheuma-Liga Hessen im Saalbau Dornbusch. Der Leiter des Integrationsfachdienstes Rhein-Main, Christopher Weber, informiert von 15 Uhr an über Alltagshilfen für berufstätige Rheumatiker. *iff.*

Ernst Günter Schenk, berüchtigter SS-Arzt im KZ Mauthausen, ist Thema eines Vortrags von Gine Elsner am Sonntag im Dachcafé der Zeilgalerie. Die Arbeitsmedizinerin, die ein Buch über Schenk schreibt, berichtet von 11 bis 13 Uhr über ihre Recherchen. *iff.*

Der Anschluss Ginneims an das Frankfurter Stadtgebiet am 1. April 1910 steht im Mittelpunkt einer Ausstellung, die der Geschichtsarbeitskreis im Nachbarschaftszentrum Ginneim zur großen Eingemeindungswelle vor 100 Jahren erarbeitet hat. Damals waren insgesamt elf Ortschaften im nördlichen Umland eingemeindet worden. Die Ausstellung mit dem Titel „Zwischen Weed und Woog – Vom Dorf im Landkreis zum Frankfurter Stadtteil“ zeichnet mit Bild- und Textdokumenten die historische Entwicklung nach und ist vom 28. April bis Ende Mai in der Begegnungsstätte, Ginheimer Landstraße 172, mittwochs und freitags jeweils von 14 bis 17 Uhr zu sehen. Die Vernissage beginnt um 18 Uhr. *beg.*

WIRTSCHAFT: Manfred Köhler (Koordination); Tim Kanning, Jochen Remmert, Thorsten Winter.

KORRESPONDENTEN: Wolfram Ahlers, Bernhard Biener, Oliver Bock, Werner Breunig, Luise Glaser-Lotz, Rainer Hein, Dr. Ewald Hettrödt, Heike Latka, Hanns Mattes, Markus Schug, Eberhard Schwarz, Anton Jakob Weinberger.

LANDESPOLITIK: Ralf Euler.

RHEIN-MAIN-SPORT: Der Rhein-Main-Sport wird redigiert von der Sportredaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung; verantwortlich: Jörg Hahn; zuständiger Redakteur: Uwe Marx; Marc Heinrich, Leonhard Kazda, Ralf Weitbrecht.

ANSCHRIFT FÜR DEN VERLAG UND DIE REDAKTION: Postanschrift: 60267 Frankfurt am Main Hausanschrift: Hellerhofstraße 2 – 4, 60327 Frankfurt am Main, Telefon (069) 7591-0, Redaktions-Telefax (069) 7591-1773 und -2075, E-Mail-Adresse der Redaktion: rhein-main@faz.de

VERANTWORTLICH FÜR ANZEIGEN: Andreas Formen. Zeitungsanzeigengesellschaft RheinMainMedia mbH, Frankfurter Allee 71 – 81, 60327 Frankfurt am Main, Telefon (069) 7501-4000, Telefax (069) 7501-4105.

Anzeigenpreise laut RMM-Preisliste Nr. 14, gültig vom 1. Januar 2010 an.

Abonnementsannahme am Schalter (Nähe Galluswarte).

Anzeige

Der Scheidungs-Ratgeber

Teil 20: Der naheheliche Unterhalt (Teil 1) von Andrea Peyeryl

Trennungsunterhalt und nahehelicher Unterhalt sind nicht identisch. Als Trennungsunterhalt bezeichnet man die Zahlungen, die bis zur Rechtskraft der Scheidung, also auch während des gesamten Scheidungsverfahrens geleistet werden. Der naheheliche Unterhalt beginnt ab der Rechtskraft der Scheidung. Allem voran steht aber die Frage, ob überhaupt ein Anspruch auf nahehelichen Unterhalt besteht. Dies ist lange nicht mehr so selbstverständlich, wie das früher einmal war. Bevor Sie eine Vereinbarung unterzeichnen oder Zusagen machen, lassen Sie sich hierzu von einem Spezialisten beraten.

Spätestens seit der Unterhaltsreform vom 1. Januar 2008 gilt ein deutlich verschärfter Grundsatz der Eigenverantwortung eines jeden Ehegatten nach der Scheidung. Danach soll jeder Ehegatte nach der Scheidung grundsätzlich für seinen Lebensunterhalt selbst sorgen.

Die Grundsätze der ehelichen Solidarität in Form von wirtschaftlicher Mitverantwortung des Einkommensstärkeren gegenüber dem Einkommensschwächeren sind in den Hintergrund getreten.

Der Gesetzgeber hat dies wie folgt formuliert: „Nach der Scheidung obliegt es jedem Ehegatten, selbst für seinen Unterhalt zu sorgen. Ist er dazu außerstande, hat er gegen den anderen Ehegatten einen Anspruch auf Unterhalt nur nach den folgenden Vorschriften“.

Unter dieser Prämisse sind die Unterhaltstatbestände des nahehelichen Unterhalts zu prüfen. Fortsetzung hierzu am Freitag, den 30. 4. 2010.

Bereits erschienene Teile können Sie gerne über die Kanzlei anfordern.

PEYERL
Kanzlei für Familienrecht



Andrea Peyeryl
Rechtsanwältin
Fachanwältin für Familienrecht
Goethestraße 7
60313 Frankfurt am Main
Tel.: 069/1 33 84 97-0
Fax: 069/1 33 84 97-20
info@peyerl-ra.de
www.peyerl-ra.de

Zeitungsleser sind immer informiert